

Diskussion

Peter Krüger

Die Regierungszeit Brünings als Phase entscheidender Weichenstellung im Verfallsprozeß der Weimarer Republik unterstreicht die Bedeutung der Frage nach Handlungsspielräumen und Alternativen, aber auch nach den Perzeptionen. Schon dies macht den Rang der Borchardt-Kontroverse deutlich, die – im Gegensatz etwa zum Historikerstreit – wissenschaftlich ungewöhnlich ergiebig ist.

Gerade unter Berücksichtigung der Borchardt-Kontroverse stellen sich weitere Fragen zur Ära Brüning: 1) Wie und in welchen Zusammenhängen hat man die Krise wahrgenommen? 2) Wurde überhaupt eine Alternative zur tatsächlichen Wirtschaftspolitik erwogen, also zwischen mehreren Möglichkeiten entschieden? 3) In welchem Ausmaß waren politische Ziele für wirtschaftspolitische Maßnahmen maßgebend, und auf welche Weise beeinflußten oder prägten sie die Wahrnehmung ökonomischer Verhältnisse? Im übrigen wären vor dem Hintergrund der fundamentalen Krise, die sich u. a. im Schlagwort von der „Überindustrialisierung“, in der wiederauflebenden Debatte von 1900 über Agrar- und Industriestaat und in der Autarkie-Debatte ausdrückte, der außenwirtschaftliche Rahmen und die internationale Verflechtung als signifikante Problemfelder stärker zu berücksichtigen. So fällt auf, daß internationale, auf enger Kooperation beruhende Lösungen der Krise nicht nur sehr erschwert waren, sondern prinzipiell abgelehnt wurden.

Einige Untersuchungsansätze in der Borchardt-Kontroverse laufen zu sehr auf ein Entweder–Oder mit anfechtbaren methodischen Prämissen hinaus, z. B.: a) Das Argumentieren mit dem „richtigen Zeitpunkt“ des Abgehens von der Deflationspolitik (zunächst habe es kein Motiv dafür gegeben, dann keine Chance zur Verwirklichung mehr), eine Frage, die wirtschaftswissenschaftlich bedeutsam, für die geschichtswissenschaftliche Methodik jedoch problematisch ist, weil sie nur abstrakte Antworten, Bedingungsanalysen oder Urteilsmaßstäbe liefert, nicht aber per se eine Erklärung konkreter historischer Entscheidungen ermöglicht (es wäre ja u. a. möglich, daß kein Verantwortlicher einen solchen Zeitpunkt wirklich suchte, und wenn doch, ihn vielleicht unökonomisch festlegte). b) Theoretisch unzulässig ist hier das häufig benutzte Argumentationsmodell, daß, sofern sich Brünings Politik durch eine bestimmte Zielsetzung (etwa als Krisen-Management) vollständig erklären lasse, kein Raum mehr für andere Erklärungen bleibe. Abgesehen vom Kontingenz-Problem historischer Phänomene liege dem eine unerfüllbare Prämisse zugrunde: Es gibt in der Geschichte keine vollständigen Erklärungen, schon gar nicht durch nur einen Beweggrund. c) Schließlich wird zu sehr auf dem Gegensatz bestanden, daß man damals entweder Deflation habe machen wollen oder nicht, dabei aber übersehen, daß Deflation selbst verschiedene Wege und Grade der Intensität zur Erreichung der mit ihr verfolgten wirtschaftlichen Ziele erlaubt. Es gab also sogar innerhalb der Deflationspolitik Brünings Alternativen, ganz abgesehen davon, was man damals konkret unter Deflation verstanden und wie man sie durch Fehler in der Außenwirtschafts- und Agrarpolitik noch verschärft

hat. d) Schließlich steht das Argument, daß bestimmte Dinge politisch nicht anders möglich gewesen seien, grundsätzlich auf schwachen Füßen, vor allem, solange es nur für die Bestätigung der tatsächlichen Entwicklung eingesetzt wird und in gefährliche Nähe zum Determinismus und zum Zirkelschluß gerät.

Heinrich August Winkler

Die Frage, ab wann eine Änderung der Brüningschen Wirtschaftspolitik möglich gewesen wäre, läßt sich m. E. eindeutig beantworten: um die Jahreswende 1931/32. Am 22. Dezember 1931 nahm der amerikanische Senat das Hoover-Moratorium an. Am 23. Dezember legte der Basler Sonderausschuß sein Gutachten vor, dem zufolge Deutschland bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht imstande war, die Verpflichtungen aus dem Young-Plan zu erfüllen. Nun hätte Brüning zumindest eine Zwischenlösung in der Reparationsfrage und mit ihr eine nicht unerhebliche Erweiterung seines wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes erreichen können. Aber er setzte auf Alles oder Nichts, erzwang eine Verschiebung der auf den 25. Januar 1932 angesetzten Reparationskonferenz in Lausanne und lehnte die von England angeregte Vertagung der seit langem geplanten Abrüstungskonferenz ab. Damit war eine deutsch-französische Konfrontation programmiert. Brüning tat, indem er zu viele außenpolitische Ziele zur gleichen Zeit verfolgte, das genaue Gegenteil dessen, wozu ihm Staatssekretär Hans Schäffer vom Reichsfinanzministerium, einer seiner engsten Berater, riet. Ich verweise dazu auf Schäffers Denkschrift zur Haushaltslage vom 28. Februar 1932. Brünings nationale Prioritäten und nicht wirtschaftliche Sachzwänge machten eine Kursänderung in der Wirtschaftspolitik zu Beginn des Jahres 1932 unmöglich.

Hans Mommsen

Mir stellt sich die Frage, was denn eingetreten wäre, wenn Reichskanzler Brüning darauf verzichtet hätte, die im Grunde bereits gescheiterte Deflationspolitik durch die Preis- und Lohnsenkungen der Vierten Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen weiterhin zu forcieren. Nach der Bankenkrise und den Stillhalteabkommen war die Währung ohnehin durch die Maßnahmen zur Devisenbewirtschaftung nicht mehr direkt konvertibel und die Deflation ohne unmittelbare außenhandelspolitische Effekte. War es nicht doch das starre Festhalten an Zielen, die mit der Krisenbekämpfung nicht in direkter Verbindung standen, die Brüning veranlaßten, eine weitere Einschränkung des inneren Markts durch die Preissenkungspolitik in Kauf zu nehmen?

Gerald D. Feldman

Wenn ich die spannende Borchardt-Holtfrerich-Debatte verfolge, meine ich, daß wir allmählich den Punkt erreichen, an dem sich der Ertrag eines in den letzten Jahren sicherlich höchst fruchtbaren historischen Disputs verringert. Borchardts berühmter Vortrag von 1979 läßt sich mit einem Meteor vergleichen. Seit dieser Zeit ist es ihm fortlaufend gelungen, den Krater in unseren Sichtweisen über Brünings Handlungsspielraum zu vertiefen. Eine Beurteilung der Brüningschen Politik ist ohne Bezug auf Borchardts Argumente nicht denkbar. Holtfrerich hat mit seinen Hinweisen auf mögliche wirtschaftliche Alternativen einen erfolgreichen Beitrag zu dieser Debatte geleistet, obwohl er sich in der nachteiligen Lage eines jeden Historikers befand, der Thesen über ein denkbare, aber nicht realisiertes Geschehen vertritt. Obwohl ich diese Alternativen auch heute noch äußerst wichtig finde, vermisste ich die Historizität in seinem heutigen Beitrag. Andererseits übersieht Borchardt meiner Meinung nach die Tatsache, daß Brüning und Luther nicht einfach aus einer Zwangssituation heraus handelten, sondern aufrichtig an die von ihnen verfolgte Politik glaubten, ebenso wie sie von den autoritären politischen Programmen überzeugt waren, mit denen ihre Politik in enger Verbindung stand. Ihr politischer Stil und ihre Methode, der deflationären Politik zum Durchbruch zu verhelfen, waren nicht einfach das Ergebnis der Zwangslagen, in denen sie sich befanden, und es ist wichtig, daß Borchardts Argumente nicht in eine Apologie für die politische Tagesordnung führender Persönlichkeiten während der Krise umgewandelt werden.

Albrecht Ritschl

Holtfrerichs Referat untersucht die öffentlichen Investitionen als Maß für die Wachstumswirkung öffentlicher Haushalte. Darin erscheint Brünings Budgetausgleichspolitik als wachstumshemmend und insofern kontraindiziert. Zu fragen wäre, ob die öffentlichen Investitionen der Weimarer Zeit in jedem Fall die unterstellten wachstumsfördernden Wirkungen hatten. Kern des Arguments ist aber, daß eine andere Investitionspolitik auch eine andere Budgetpolitik insgesamt vorausgesetzt hätte.

In der finanzwissenschaftlichen Literatur ist bekannt, daß die von Holtfrerich betonte fehlende Analogie zwischen Privathaushalt und öffentlichem Haushalt für die öffentliche Verschuldung im Inland gilt. Verschuldet sich ein Staatswesen hingegen im Ausland, ist diese Analogie wiederhergestellt: Bezüglich der Auslandsverschuldung stellt sich der Staatssektor nicht prinzipiell anders als ein privater Schuldner. Im Falle Brünings ist es primär die auswärtige Verschuldung einschließlich der Reparationsschuld, aus welcher die Zwangslagen der Budgetpolitik entstehen. Brünings Politik ist dem Wesen nach Austerity-Politik, erzwungen durch die Regelungen des Young-Plans und die Verweigerung zusätzlichen Auslandskredits. Diese Politik allein von ihren binnengesellschaftlichen Symptomen her zu analysieren und zuletzt – dann zwangsläufig – als nicht adäquat zu bezeichnen, verfehlt den ökonomischen Kern des Problems.

Die erwähnten Abschreibungserleichterungen der späten 20er Jahre sind nicht verständlich ohne die Unterbewertungen in den RM-Eröffnungsbilanzen von 1924; sie können als Ausgleich für die resultierende Verringerung der Abschreibungserlöse angesehen werden. Daß die Sofortabschreibungen im Nationalsozialismus Teil einer Investitionsförderungspolitik seien, scheint schwer nachvollziehbar. Eher passen sie in den Rahmen einer Strategie, derzufolge die Unternehmen auf die Innenfinanzierung aus einbehaltenen Erlösen beschränkt wurden, um den Kapitalmarkt für den Kreditbedarf des Reiches freizuhalten.

Zur Wirkung einer Abwertung sei angemerkt, daß Deutschland zwar die Parität nicht aufgab, wohl aber die Gold- und Devisendeckung des Geldumlaufs, und damit als erster der großen Industriestaaten – noch vor Großbritannien – aus dem System des Goldstandards ausbrach. Im übrigen sind die Stillhaltung bei Auslandskrediten sowie Einführung und Ausbau der Devisenbewirtschaftung ohnehin als Abwertung auf kaltem Wege anzusprechen.